

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEERKLÄRUNG

18. April 2019

Iran: Lasst die Frauenrechtler_innen frei, die wegen ihres friedlichen Protestes gegen die erzwungene Kleiderordnung inhaftiert sind!

Die iranischen Behörden müssen die Schikhanierungen und Inhaftierungen von Frauenrechtler_innen stoppen. Diese haben gegen die entwürdigende und diskriminierende Kleiderordnung friedlich demonstriert. Die Inhaftierten müssen sofort und bedingungslos freigelassen werden, sagte heute Amnesty International.

AI hat bestätigt, dass in der letzten Woche zwei Frauenrechtsverteidigerinnen, Yasmin Aryani und Monireh Arabshahi, inhaftiert wurden. Eine dritte Menschenrechtlerin, Vida Movahedi, ist seit Oktober 2018 inhaftiert. Sie wurde im März 19 wegen friedlicher Proteste gegen die erzwungene Kleiderordnung zu einem Jahr Haft verurteilt.

Irans Geheimdienstler und Sicherheitskräfte haben zudem andere Frauenrechtler_innen am Telefon bedroht. Sie drohten mit Inhaftierung, falls sie ihre Kampagne gegen die erzwungene Kleiderordnung fortsetzten. Einige wurden zum Verhör vorgeladen, sie befürchten jetzt eine drohende Inhaftierung.

„Die iranischen Behörden scheinen jetzt auf die wachsende Herausforderung der iranischen Frauen und der wachsenden friedlichen Bewegung gegen die erzwungene Kleiderordnung zu reagieren. Sie wollen einschüchtern und Ruhe und Unterwerfung erzwingen,“ sagte Magdalena Mughrabi, stellvertretende Abteilungsleiterin für den Nahen Osten und Nordafrika von AI. „Die Kriminalisierung der Frauen wegen Nichttragens des Kopftuchs ist eine schlimme Form der Frauendiskriminierung und eine grausame, unmenschliche und entwürdigende Behandlung, die aufs Schlimmste die Würde der Frauen verletzt. Statt der Verfolgung und Einkerkierung der Frauen, die sich gegen diese schreckliche Ungerechtigkeit wenden, sollten die iranischen Behörden unverzüglich und bedingungslos alle Frauenrechtler_innen freilassen, die wegen ihres friedlichen Engagements inhaftiert sind.“

Wegen friedlicher Proteste inhaftiert

Yasmin Aryani, eine Frauenrechtlerin, wurde am 10. April von Sicherheitskräften in ihrem Haus in Teheran verhaftet und an einen unbekanntem Ort verbracht.

Monireh Arabshahi ist ihre Mutter. Sie wurde einen Tag später inhaftiert, als sie zum Vozari Haftzentrum in Teheran gehen wollte, um sich nach dem Aufenthaltsort ihrer Tochter zu erkundigen.

AI erhielt Informationen, dass beide Frauen wegen eines Videos inhaftiert wurden, das am Internationalen Frauentag gezeigt wurde. In diesem sind die beiden Frauen zusammen mit anderen Frauen ohne Kopftuch zu sehen, wie sie Blumen an einer Metrostation in Teheran an Frauen verteilen und über Frauenrechte diskutieren. In dem Video sagt Monireh Arabshahi, sie hoffe, dass der Tag käme, an dem die Frauen nicht mehr um ihre Rechte kämpfen müssten. Dann überreicht Yasmin Aryani einer Frau im Hijab eine Blume und sagt, dass sie eines Tages auf der Straße Seite an Seite gehen könnten, „ich ohne und Sie mit Hijab“.

Die beiden Frauen können wegen des Videos Anklagen bekommen, wie „Verbreitung von Propaganda gegen das Regime“ und „Anstiftung zu Korruption und Prostitution“. Yasmin Aryanis Familie hörte seit dem 15. April nichts von ihr. Damals durfte sie kurz telefonieren. Die Behörden verschweigen ihren Aufenthaltsort. Sie befindet sich an einem sicheren Haftplatz.

AMNESTY INTERNATIONAL

Monireh Arabshahi ist im Shahr-e Rey Gefängnis inhaftiert. Dort befinden sich Hunderte Frauen unter überfüllten und unhygienischen Haftbedingungen. Sie haben kaum sauberes Wasser, nicht genügend Nahrung und keine ausreichende medizinische Betreuung.

Eine weitere Menschenrechtlerin ist Vida Movahedi. Ihr Anwalt teilte am 14. April mit, sie sei im März 2019 zu einem Jahr Haft wegen ihres friedlich Protestes gegen die erzwungene Kleiderordnung verurteilt worden. Sie wurde am 29. Oktober 2018 verhaftet. Sie hatte sich ohne Hijab auf einen Kasten in der Enghelab Square im Zentrum von Teheran gestellt, in den Händen hielt sie bunte Luftballons.

Vida Movahedi wurde bekannt als „Mädchen der Enghelab Square (Revolutionsstraße)“. Bei ihrem ersten Protest hatte sie sich auf einen Kasten in dieser Straße gestellt, ihr Kopftuch abgenommen, an einen Stiel gebunden und wie eine Fahne geschwenkt. Diese friedliche Aktion führte zu ihrer Inhaftierung, dann wurde sie auf Kautions entlassen und im Oktober 2018 erneut inhaftiert. Ihre friedliche Aktion war Beispiel für Frauen überall im Land für ähnliche öffentliche Proteste gegen die Zwangskleiderordnung.

Laut ihrem Anwalt ist sie zur Entlassung vorgesehen, der Antrag dazu wurde noch nicht bearbeitet. Sie war eine der Personen, die vom Religiösen Führer anlässlich des 40. Gedenktages der Revolution begnadigt wurden. Seither haben die Gefängnisbehörden diese Begnadigung nicht umgesetzt.

Die bekannte iranische Journalistin und Frauenrechtlerin Masih Alinejad hat in den USA Online-Kampagnen gegen die erzwungene Kleiderordnung durchgeführt. Sie teilte AI mit, dass ihre 70jährige Mutter im Iran kürzlich vorgeladen und verhört wurde, die Behörden wollten mehr über ihr Verhältnis zu ihrer Tochter wissen. Die Mutter und auch ihr Vater seien für mehr als eine Stunde verhört worden.

In einem besonders schrecklichen Fall wurde im März die bekannte Menschenrechtlerin Nasrin Sotoudeh zu 33,5 Jahren Haft und 74 Peitschenhieben verurteilt. Das bezog sich auf sieben Anklagepunkte – einige im Zusammenhang mit ihrer Verteidigung inhaftierter Frauen, die wegen ihrer Proteste gegen die Kleiderordnung einsaßen. Sie muss nur 12 Jahre der Haftzeit im Gefängnis verbringen, da das Strafgesetz bei Verhängung von drei oder mehr Strafen fordert, dass nur die längste der verhängten Haftstrafen verbüßt werden muss (Artikel 134). In einem anderen Fall wurde Nasrin Sotoudeh 2016 zu fünf Jahren Haft verurteilt, die sie voll verbüßen muss.

Der Ehemann von Nasrin Sotoudeh, Reza Khandan, und der Menschenrechtler Farhad Meysami wurden je zu sechs Jahren Haft verurteilt. Sie hatten die Kampagne gegen die erzwungene Kleiderordnung unterstützt.

„Irans Kleiderordnungsgesetze sind ein eklatanter Bruch des Rechtes der Frauen auf freie Meinungsäußerung, Glauben und Religion. Die iranischen Behörden müssen unverzüglich diese diskriminierenden Gesetze aufheben und die erniedrigende Praxis beenden, dass Frauen in der Öffentlichkeit nicht ohne Hijab auftreten dürfen,“ so Magdalena Mughrabi. „Die internationale Gemeinschaft – darunter die EU, die in ständigem Kontakt über die Menschenrechtsslage im Iran ist – hat eine Schlüsselrolle in der Unterstützung der Frauenrechtler_innen. Sie müssen alle Kontakte nutzen, um die iranischen Behörden zu drängen, die verpflichtende Verschleierung unverzüglich zu beenden.“

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)